

Stand: 06.02.2026 08:15:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2655

"Bürokratiemonster beseitigen - Endlich eine Heimat für die Windenergie in Bayern schaffen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2655 vom 02.07.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2706 vom 03.07.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 03.07.2024



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bürokratiemonster beseitigen – Endlich eine Heimat für die Windenergie in Bayern schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die Windenergie als zentrale Säule eines sauberen, günstigen und zukunftsfähigen Energiesystems an. Vereinfachungen und Beschleunigungen beim Windkraftausbau auf anderen politischen Ebenen werden begrüßt und unterstützt.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, folgende Punkte zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen:

- Vereinfachungen des Bundes zur Beschleunigung des Ausbaus der Windkraft werden in Bayern nicht durch zusätzliche Regelungen zurückgedreht.
- Die neu erarbeiteten Populationsdichtezentren für kollisionsgefährdete Vogelarten, die teils auf jahrzehntealten Daten beruhen und pauschal Abstände festlegen, werden überarbeitet, inhaltliche sowie methodische Mängel ausgeräumt und in Einklang gebracht mit dem Bundesnaturschutzgesetz und den darin enthaltenen eindeutigen Kriterien.
- Die Aufteilung der notwendigen 1,8 Prozent Windkraftvorrangflächen auf die 18 regionalen Planungsverbände erfolgt in den nächsten drei Monaten.
- Die regionalen Planungsverbände werden angewiesen, bis Ende 2025 die gesetzlich festgelegten 1,8 Prozent der Landesfläche für die Windenergie in einem Schritt auszuweisen.
- Die 10H-Regelung wird vollständig abgeschafft.

### **Begründung:**

Während die Bundesregierung zahlreiche Hürden für die Windenergie und einen schnelleren Ausbau der dringend benötigten Erneuerbaren Energien abgebaut hat, wurden in Bayern zum Teil neue geschaffen. Insbesondere bürokratische Vorgaben, die teilweise erhebliche methodische und inhaltliche Mängel vorweisen, bremsen die Windenergie im Freistaat erneut aus. So wurden im Frühjahr 2024 Karten erarbeitet, die Populationsdichtezentren für kollisionsgefährdete Vogelarten ausweisen und pauschale Abstände einfordern. Da jedoch die Staatsregierung trotz mehrfacher Anträge keine Brutvogelkartierung durchführte, sind die Daten entsprechend lückenhaft und teilweise vollkommen überaltert. Nach Angaben von Expertinnen und Experten finden sich in den verwendeten Unterlagen Datensätze, die teils über 30 Jahre alt sind. Durch diese Vorgehensweise wird die gesamte Regionalplanung rechtlich angreifbar, da im Zuge der Regionalplanung ein Umweltbericht mit hinreichend aktuellen Daten (vgl. § 40

Abs. 4 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) erforderlich ist. Zudem dürfen nach § 6 Abs. 1 S. 3 Windenergieflächenbedarfsgesetz im Rahmen der modifizierten Artenschutzprüfung nur solche Informationen berücksichtigt werden, die nicht älter als fünf Jahre sind. Die Karten sind deshalb anzupassen. Ohnehin hat die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes mit § 45b eindeutige Kriterien für die Gefährdung der kollisionsgefährdeten Arten definiert, die eine Einzelregelung in den Bundesländern erübrigt. Zudem sind im Genehmigungsverfahren zu dieser Thematik detaillierte Studien vorzulegen. Im Vorfeld aufgrund von jahrzehntealten Daten zu Brutplätzen Gebiete planerisch pauschal auszuschließen, macht keinen Sinn.

Eine Beschleunigung der Windkraftplanungen ist in Bayern wichtiger als in allen anderen Bundesländern, da in Bayern der Nachholbedarf besonders groß ist. Die Flächenausweisung ist der erste Schritt. Der Freistaat muss hier insgesamt 1,8 Prozent seiner Fläche als Vorrangflächen ausweisen. Innerhalb der 18 Planungsverbände gibt es Unterschiede bezüglich der Eignung für Windkraft, sodass eine gewisse Aufteilung angebracht ist. Die Aufteilung der notwendigen 1,8 Prozent Windkraftvorrangflächen auf die 18 regionalen Planungsverbände soll bis Sommer 2024 erfolgen, damit alle Planungsverbände wissen, was sie zu erreichen haben.

Eine weitere Beschleunigung ist sicherzustellen, indem alle 18 Planungsverbände die gesetzlich festgelegten 1,8 Prozent Vorrangflächen in einem Schritt erreichen sollen. Dieser Ansatz reduziert den bürokratischen Aufwand, da die Kommunen und Planungsverbände den Prozess für die Flächenausweisung auf einmal machen können. Teilfortschreibungen werden hier ausdrücklich begrüßt. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg haben hiervon bereits Gebrauch gemacht.

Zudem ist die Frist der Ausweisungen vorzuziehen. Erste Planungsverbände haben bereits 2 Prozent der Vorrangflächen in das öffentliche Beteiligungsverfahren gebracht. Andere werden noch 2024 nachziehen. Diese Planungsverbände liegen in Mittel- und Unterfranken und zeigen auf, dass es funktioniert. Die restlichen regionalen Planungsverbände sollen bis Ende 2025 ihre 1,8 Prozent Vorrangflächen ausweisen.

Darüber hinaus verursacht die 10H-Regelung nach wie vor unnötige bürokratische Hürden und Unsicherheiten vor Ort. So begründen z. B. die Bayerischen Staatsforsten die Pflicht zur Ausschreibung ihrer Windkraftflächen mit dem 10H-Gesetz, da dieses in Wäldern die Windkraft privilegiert. Dieses Relikt der Windkraftverhinderung sollte vollständig abgeschafft werden und somit ein klares Signal pro Windenergie durch die Staatsregierung gesendet werden.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/2655

**Bürokratiemonster beseitigen – Endlich eine Heimat für die Windenergie in Bayern schaffen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Ludwig Hartmann**

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Helmut Schnotz

Abg. Jenny Schack

Abg. Johannes Meier

Abg. Josef Lausch

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Bürokratiemonster beseitigen - Endlich eine Heimat für die Windenergie in Bayern schaffen (Drs. 19/2655)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat im Bereich der Windkraft in den letzten drei Jahren wichtige Gesetze zur Beschleunigung des Ausbaus auf den Weg gebracht. In Bayern sehen wir aber leider, dass die jeweiligen Gesetze konterkariert werden und im Gegenteil zusätzliche Hürden für die Windenergie aufgebaut werden. Damit muss jetzt endlich Schluss sein!

Sieht man sich die Ausschreibung für die Windkraft heuer im Februar und Mai an, liegen wir in Bayern mit Sachsen wieder auf dem letzten Platz, obwohl wir das flächengrößte Bundesland sind. Deutlich kleinere Länder hängen uns hier meilenweit ab. Es ist also höchste Zeit, dass wir hier endlich Tempo machen und unnötige Bürokratie abbauen. Dazu hat Herr Ministerpräsident Söder extra eine Regierungserklärung abgegeben. Aber wenn man sich die Situation jetzt ansieht, stellt man fest, es waren doch wieder nur Ankündigungen und nichts dahinter.

Wir sehen das an einem konkreten Beispiel, den Dichtezentren.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ein Unfug! Fake News!)

Es gibt eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, die sehr klar eindeutige Kriterien für den Schutz schlaggefährdeter Vogelarten festlegt. Dadurch erübrigt sich eine Einzelregelung in den Bundesländern. Diese ist nicht mehr notwendig. Aber was tut die Staatsregierung? – Sie kocht wieder ihr eigenes Süppchen und schafft neue Büro-

kratie, erstellt Karten mit Populationsdichtezentren für schlaggefährdete Vogelarten und pauschalen Abständen. Das Riesenproblem dabei ist: Die Daten sind uralte, teilweise von 1996. Jetzt besagt aber das jeweilige Bundesgesetz, die Daten dürfen nicht älter als fünf Jahre sein. Dadurch öffnen wir für Klagen wieder Tür und Tor. Herr Kollege Grossmann von der CSU hat hier in der letzten Plenarsitzung gesagt, es könne nicht sein, dass der VLAB überall gewinnt. Warum gewinnt der VLAB? – Weil die Gesetze zur Windkraft in Bayern so miserabel sind. Damit werden den Klagen Tür und Tor geöffnet. Damals war es der Windkrafteffekt, jetzt ist es das Dichtezentrum, wofür Sie uralte Daten verwenden, die dem Gesetz klar widersprechen.

Darum sagen wir eindeutig: Machen Sie ordentliche Gesetze, stoppen Sie diesen Bürokratiewahnsinn, übernehmen Sie die Verbesserungen des Bundes eins zu eins, weil diese auch gerichtsfest sind, und lassen Sie die Finger von basisdemokratischen Instrumenten wie dem Klagerecht und den Bürgerentscheiden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist die 10-H-Regelung. Diese ist zum Glück durch Bundesgesetze weitestgehend ausgehebelt und überstimmt, aber es gibt sie immer noch, und sie schafft immer noch viel Bürokratie. Ich nenne nur ein Beispiel: Ich war einen ganzen Tag lang bei den Staatsforsten und habe mich mit den dortigen Juristen gestritten, warum wir bei den Staatsforsten unbedingt Ausschreibungen brauchen. Sie haben dies damit begründet, dass in der 10-H-Regelung nach wie vor steht, Windkraft sei im Wald privilegiert. Die Staatsforsten haben viel Wald, und betrachte man nur den Wald, müsse aus diesen und jenen Gründen eine Ausschreibung erfolgen. – Hier haben wir zwar eine andere juristische Einschätzung, aber wenn wir dieses Relikt abschaffen, das nur dazu da war, die Windkraft zu verhindern, kann auch endlich eine Direktvergabe an die Kommunen durch die Bayerischen Staatsforsten stattfinden. Dies wäre ein klares Pro-Signal, und dazu fordere ich Sie deutlich auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da unser Nachholbedarf in Bayern so riesig ist, fordere ich noch zwei Maßnahmen. Das eine ist, dass wir 1,8 % Windkraftvorrangflächen in Bayern haben, die wir über alle 18 Planungsverbände erreichen müssen. Darunter sind Planungsverbände, die etwas besser geeignet sind, und andere, die vielleicht etwas weniger geeignet sind. Wir brauchen eine Aufteilung in den nächsten drei Monaten, damit die Planungsverbände wissen, ob Sie 1,6, 1,7, 1,9 oder 2,0 % erreichen sollen. Das muss jetzt passieren!

Die zweite Maßnahme, die noch zur Beschleunigung beiträgt, lautet, dass wir, weil wir in Bayern so einen hohen Nachholbedarf haben, die Frist noch einmal vorziehen müssen. Bis Ende des Jahres 2025 sollen die 18 regionalen Planungsverbände in Bayern ihre jeweilige Quote – im Schnitt sind es 1,8 % – ausweisen. Das ist machbar. Mein Planungsverband Westmittelfranken hat es jetzt schon geschafft. Die unterfränkischen Planungsverbände tun es bis Ende des Jahres. Wenn wir in den Süden Bayerns blicken, stellen wir fest, dass es dort düsterer aussieht, was das Erreichen des Ziels angeht. Deswegen brauchen wir hier eine klare Zielsetzung und die Vorgabe, es in einem Schritt zu erreichen. Dadurch erhöht sich das Tempo.

Somit sind es drei Punkte: Bürokratie abbauen, Beschleunigungen vom Bund übernehmen und Tempo machen bei den Ausweisungen. Dann kommt endlich auch wieder frischer Wind nach Bayern. Es wird höchste Zeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es folgt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Helmut Schnotz, CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Helmut Schnotz (CSU):** Lieber Martin, du hast zum Schluss gesagt, die Region 8, Westmittelfranken, hat das Ziel erreicht. Wir sind bereits im Verfahren mit den 1,8 %. Unterfranken wird nachziehen. Die Region ist darüber. Das heißt, die regionalen Planungsverbände setzen das um, was letzten Endes die Staatsregierung, indirekt über



die Bundesregierung, vorgibt. Das läuft also. Dann sehe ich genau heute aber dies in der Region 8: Der BUND ist in der Region 8 gegen die Vorschläge.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das, was wir und auch die GRÜNEN letzten Endes wollen, wird hier wieder durch die eigene Klientel konterkariert. "Macht es, aber macht es nicht bei uns." – Das ist schade.

(Zuruf: Genau!)

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wenn man sich jetzt noch mal die Rolle der Umweltverbände anschaut: Wir haben mit dem LBV, dem Landesbund für Vogel- und Naturschutz, und mit dem BUND Naturschutz in Bayern wirklich zwei Partner, die kooperieren und von denen man sagen kann, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Gegen die Windkraftplanung ist hauptsächlich der VLAB. Von daher würde mich deine Aussage, Helmut, jetzt schon sehr verwundern; mich würde sehr verwundern, wenn das so sein sollte. Ich glaube es nicht, weil der BUND Naturschutz hier bisher wirklich alles dafür getan hat.

Aber wenn du es mir noch einmal gestattest: Wir hatten hier im Landtag eine Anhörung, bei der Herr Niedermaier, Landrat aus Bad Tölz, ganz klar die Dichtezentren kritisiert hat. Er hat gesagt, dass die Staatsregierung die Dichtezentren festlegt, das heißt bei der Planung 3.000 Meter Abstand für den Fischadler. Danach, in der Genehmigungsphase sind es aber nur noch 1.500 Meter. Bei uns zum Beispiel in Herrieden fällt jetzt die Fläche weg, weil es so idiotische Regelungen gibt. Man soll es planen, aber danach ist es nur noch die Hälfte. Das macht keinen Sinn. Das schafft nur Bürokratie und gehört abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Jenny Schack.

**Jenny Schack (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir den Dringlichkeitsantrag heute Morgen durchgelesen, als ich die Rede zusammengestellt habe, und habe festgestellt, dass ich nichts darin finde, was dringlich wäre. Wir bauen die Windkraft in Bayern aus, und wir machen dabei Tempo. Wir haben es gerade gehört, Herr Stümpfig, die einen machen mehr, die anderen weniger Tempo. Aber wir sind auf jeden Fall dabei.

In Ihrem Antrag schlagen Sie vor, dass wir die Populationsdichtezentren für kollisionsgefährdete Vogelarten – Sie haben sie auch gerade in Ihrer Rede genannt – überarbeiten sollen. Ja, okay, kann man machen. Aber der Ausbau der Windenergie wird an dieser unvollständigen Datenerhebung, was kollisionsgefährdete Vogelarten anbelangt – Sie sagen es ja –, eben nicht scheitern. Insofern müsste man nachschauen, woran es möglicherweise scheitern könnte. Wir sagen, wir sind gut dabei, dass es wirklich funktioniert.

Was wir viel mehr machen müssten, ist, Windkraftanlagen zu bauen und zugleich die Menschen vor Ort mitzunehmen, und das ist gar nicht unbedingt so einfach. Ich habe einen Bürgermeister von den GRÜNEN bei mir in der Region, dessen Gemeinde keine Windkraftanlagen ausweist. Der muss sich genau damit auseinandersetzen, dass es vielleicht nicht so einfach ist. Aber wir müssen eben die 1,8 % unserer Fläche für Windkraft ausweisen. Glauben Sie mir, hier vor Ort, hier in Bayern, auch bei mir im Stimmkreis – das weiß ich genau –, arbeiten wir sehr intensiv und sehr hart daran.

In Ihrem Antrag fordern Sie – Sie haben es eben auch gesagt –, dass die 18 regionalen Planungsverbände die Regionalpläne beschleunigen sollen. Ja, Helmut hat es ebenfalls gerade gesagt: Wir sind da ja schon mitten drin. Es ist ja nicht so, dass alle gerade erst anfangen würden, sondern bei mir zumindest ist es so, dass die öffentliche Anhörung zu möglichen Windkraftstandorten gestern gestartet ist. Ziel ist es, das bis Ende nächsten Jahres dann auch fertig zu haben. Aber natürlich müssen Prozesse durchlaufen werden. Die eine Region schafft das schneller, die andere Region weniger

schnell. Aber sie jetzt zu zwingen, noch schneller zu werden, geht eben nicht; denn wir haben manchmal Gegebenheiten vor Ort, die einfach erfordern, dass man ins Gespräch gehen muss, und im Zweifel dauert es etwas länger. Aber wir müssen die Menschen mitnehmen. Noch mehr Druck zu machen, ist also mit großem Fragezeichen zu versehen.

Wir machen natürlich schon unsere Hausaufgaben. Beim Zubau der erneuerbaren Energien in Bayern waren wir im letzten Jahr mit Abstand Spitzenreiter. Wir haben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 3.682 Megawatt zugebaut. Dahinter folgt mit großem Abstand das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei der Windenergie sind wir – man muss es sagen – in Bayern viel besser, als immer wieder behauptet wird: Platz acht in Deutschland und bestes Land im süddeutschen Raum. Insgesamt liegen wir aktuell bei 2,6 Gigawatt installierter Windkraftleistung und auch deutlich vor dem grün regierten Baden-Württemberg.

Herr Stümpfig, Sie haben gesagt, Sie haben bei der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten aufgemerkt und zugehört. Wir haben Dinge, die wir jetzt noch schneller umsetzen. Da geht es natürlich darum, auch die Bürokratie abzubauen, gerade auch was die Staatsforsten anbelangt. Da gehen wir den Weg zu sagen, man kann nicht mehr so einfach dagegen klagen. Bürgerentscheide haben künftig keine bindende Wirkung für Vergabeentscheidungen mehr. Damit macht man es dann schon einfacher. Aber es heißt natürlich auch, dass hier wieder mit den Menschen gesprochen und ihnen etwas angeboten werden muss; man sagt: Hey, ihr bekommt auch etwas dafür. – Man kann die Menschen beteiligen. Man kann sagen: Es gibt Strom, der direkt dort hergestellt wird. – Man muss die Kommunen und vor allem die Bürger daran beteiligen.

Nicht zuletzt werden wir 100 zusätzliche Stellen schaffen, um die Verfahren für erneuerbare Energien zu beschleunigen. Meine Damen und Herren, das könnte ich jetzt

fortführen. Wir bauen aus, wir beschleunigen, und dazu braucht es in dem Sinne kein Anstupsen durch die GRÜNEN; dazu braucht es konstruktive Mitarbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Liebe Frau Kollegin Schack, wir hatten heuer zwei Windkraftausschreibungen. Schauen wir uns jetzt Hessen, Baden-Württemberg und Bayern an. Sie haben gesagt: bestes Land im süddeutschen Raum. – In Hessen hat man 35 Windkraftanlagen; Hessen passt übrigens dreieinhalb mal in die Fläche von Bayern. In Baden-Württemberg hat man 31 Windkraftanlagen; das passt zweimal in die Fläche von Bayern. In Bayern haben wir nur 17 Windkraftanlagen. Die beiden kleinen Länder haben also rund doppelt so viele Anlagen wie Bayern.

Dann noch eine Frage zu den Staatsforsten: Sie sagen, man muss mit den Menschen sprechen. Wir hatten bis 2023 die normale Praxis, dass die Staatsforsten ihre Flächen direkt an die Kommunen vergeben haben. Da hatten die Kommunen den Hut auf und konnten die Projekte entwickeln. Dann haben die Staatsforsten dies geändert und gesagt: Wir schreiben nur noch aus.

Jetzt sagen Sie, dass sie gar nicht mehr mitreden dürfen; jetzt dürfen sie nicht einmal mehr sagen, wenn es ihnen nicht passt. Ist das Ihre Form von Bürgerbeteiligung? Es soll doch wieder zurückgehen zur Direktvergabe an die Kommunen. Sagen Sie da Ja, oder ist das wieder so ein Kaugummiantrag?

**Jenny Schack (CSU):** Wir haben es gerade gesagt: Wir erleichtern die direkte Vergabe von Windkraftflächen an die Kommunen, und damit beschleunigen wir auch die Vergabe durch die Bayerischen Staatsforsten. Insofern gehen wir genau diesen Weg, dass wir sagen, wir machen es leichter. Wir müssen aber gleichzeitig die Menschen mitnehmen. Die Vergabeverfahren zu erleichtern, auch für die Kommunen, heißt, dass

man miteinander spricht und in den Dialog geht. Aber natürlich müssen auch die Menschen vor Ort mitgenommen werden. Das muss man ausbalancieren. Wie gesagt, Sie sehen, dass es nicht so einfach ist; aber wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg. Wenn wir die 500 Projekte, die wir haben, die alle schon anstehen und in der Pipeline sind, umgesetzt haben, wird es Schlag auf Schlag gehen. Dann wird die Windkraft in Bayern – das werden Sie sehen, Herr Stümpfig – definitiv Wind machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schack. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Johannes Meier.

(Beifall bei der AfD)

**Johannes Meier (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich immer wieder über die Anträge aus der Fraktion der GRÜNEN, aber nicht aufgrund des Inhalts, sondern aufgrund der Titel. Sie sind immer wieder einen echten Schmunzler wert. Wir hatten hier schon den "Erdwärmeschatz", wir hatten den "Klimaretter Eichelhäher", und jetzt haben wir ein echtes "Bürokratiemonster" im Titel, das Sie beseitigen wollen, wodurch Sie endlich eine Heimat für die Windenergie in Bayern schaffen wollen. Dass ausgerechnet von Ihrer Partei davon gesprochen wird, die Bürokratie effektiv angehen zu wollen, zeigt bestenfalls Ihren Sinn für Humor.

Aber schauen wir uns doch zunächst mal Ihre eigens geforderten oder auch bereits geschaffenen Bürokratiemonster an. Sie forderten bereits ein Entgeltgleichheitsgesetz, ein Barrierefreiheitsgesetz, ein Lebensmittelrettungsgesetz, ein Wertstoffgesetz usw. Abgeschlossene grüne Bürokratiemonster sind unter anderem das im Bundestag beschlossene Lieferkettengesetz oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Es gibt also schon etliches, mit dem sehr viel Bürokratie aufgelastet wird. So gebe ich Ihnen ein kleines Zitat mit auf den Weg von einer Person, die in Ihrer Partei gänzlich unbeliebt

ist: "Die Bürokratie ist es, an der wir alle kranken." Das hat Otto von Bismarck ausgesprochen.

(Beifall bei der AfD)

Anstatt das Bismarck-Zimmer im Auswärtigen Amt umzubenennen, sollten Sie vielleicht öfter mal eine Aussage dieser wirklich wichtigen Persönlichkeit der deutschen Geschichte als Orientierungshilfe nehmen.

Nun zur Windenergie. Wir haben jetzt sehr viel Positives gehört. Sie haben von unseren "Fake News" gesprochen. Das Gleiche kann ich zurückgeben: Sie stellen mal wieder Windenergie als große Rettung dar und als einzigen Weg, den es zu gehen gilt. Aber die Nachteile muss man auch mal offen ansprechen. Das ist nicht nur der Verlust wertvoller Waldfläche und damit eine massive Schädigung des Ökosystems Wald, sondern das sind auch die Fundamente aus bis zu 1.000 Tonnen Beton pro Windrad, die dort verbleiben. Mehrere Tausend Vögel – wir kennen die Zahlen auch vom BUND Naturschutz – fallen den Windrädern pro Jahr zum Opfer. Gerade auf offenem Meer, wo man meint, dass die Windkraft noch eher Sinn machen würde, fallen die Tiere oftmals im Blindflug nachts hinein, weil sie diese Windräder gar nicht sehen können. Auch die im Dringlichkeitsantrag vorgesehene Aufweichung des Vogelschutzes ist also wie Ihr letztens erwähntes Wahlmotto: "Frieden schaffen ohne Waffen", "Das grüne Wirtschaftswunder" oder auch "Der letzte Klimaretter Eichelhäher" ein Widerspruch in sich.

Zudem hat das Umweltbundesamt bereits 2016 ein Positionspapier veröffentlicht, in dem es auch um mögliche gesundheitsschädliche Effekte durch Windräder geht. Ebenso ist es im Ärzteblatt 2019. Dort ist die Rede von Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Übelkeit und anderen Symptomen – ganz zu schweigen von den Kosten für Windräder und der mangelnden Effizienz.

Wir sind in Bayern in einem windarmen Land. 80 % der Zeit produzieren Windräder hier gar keinen Strom. Wenn die Windräder dann aber mal am Laufen sind, dann kann

es sogar sein, dass zu viel Strom produziert wird, was im schlimmsten Fall zur Abschaltung führt. In unserem Dringlichkeitsantrag ist es aufgeführt: Wenn Sie zum Beispiel Isar 2 durch Windkraft ausgleichen möchten, dann bräuchten Sie 3.000 dieser Anlagen.

Deutschland ist geografisch schlichtweg kein optimales Land für erneuerbare Energien. Das sagte kürzlich sogar Christoph Maurer in der "Neuen Zürcher Zeitung", und der ist Berater der Bundesregierung in Energiefragen.

Wir sind eben nicht in Norwegen, wo man die Wasserkraft hat, die dort für einen Anteil von 98 % bei erneuerbaren Energien sorgt. Daher noch mal der deutliche Hinweis: Wir benötigen hier keine ideologiegetriebene Energiepolitik, sondern wir brauchen den Energiemix aus Sonne, Wind, Wasser, Gas – aber inklusive der Kernkraft.

(Beifall bei der AfD)

Diese besagten Kernkraftwerke, die wir gerne wieder am Netz sehen würden, hätten sogar nach einem Bericht des WDR bis zu 69 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Da Sie unseren Dringlichkeitsantrag abgelehnt haben, haben Sie auch Ihren eigenen Klimaschutz abgelehnt.

Hinsichtlich Ihrer verfehlten Energiepolitik und somit auch Ihres verfehlten Antrags bedarf es nicht einmal meiner kritischen Stimme respektive der kritischen Stimme der AfD-Fraktion. Es genügt bereits ein Blick in die Presse. So schreibt bereits das "Wall Street Journal" von der "dümmsten Energiepolitik der Welt". Sogar der "Focus" schloss sich an mit dem Fazit, Deutschland mache tatsächlich die dümmste Energiepolitik der Welt. – Dem ist nichts hinzuzufügen. Den Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! In einer schwachen Stunde muss ich die grüne Landtagsfraktion direkt auch mal bewundern,

(Zuruf: Hört, hört!)

bewundern für den Mut, immer wieder solche Dringlichkeitsanträge zu stellen. In der letzten Plenarsitzung war es ein Dringlichkeitsantrag zum Hochwasserschutz in Bayern – wohl wissend, dass die Ampel den Zuschuss für Hochwasserschutz von 100 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro reduziert mit dem Ziel, die Förderung für Hochwasserschutz auf null zurückzufahren.

Gestern hat die Bundestagsfraktion der GRÜNEN – das kann man im "Pressespiegel", der überall hier im Landtag aufliegt, lesen – das Antibürokratiegesetz verhindert. Wenn man so viele Leichen im Keller hat und trotzdem immer wieder solche Dringlichkeitsanträge stellt, erfordert das schon Mut.

Aber zum Thema. Für Bürokratieabbau hätte die Ampel leicht zweieinhalb Jahre Zeit gehabt, gerade im Bereich erneuerbare Energien und Energiewende. Nur ein paar Beispiele: Ausgleichsflächen bei Windrädern und bei PV-Freiflächenanlagen. – Flächen sind endlich. – Biomasse-Ausschreibung. Hans-Josef Fell ist der einzige grüne Politiker, den ich wirklich bewundere. Er ist ein Vater des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Bei jeder Gelegenheit, zu der ich den Ex-Kollegen Fell treffe, betont er, dass die Biomasse-Ausschreibungen ersatzlos gekappt werden müssen, weil das ein Bürokratiemonster ist. Ohne einen Ingenieur kann man gar nicht in die Ausschreibung gehen. Der Effekt ist katastrophal. Mit diesen Biomasse-Ausschreibungen droht die Gefahr, dass die Ampel eine ganze Branche, die Biogasbranche, abwickelt.

Ein paar Beispiele für den Wust an Vorschriften, wo man entschlacken könnte, aber von Berlin aus nichts geschieht: Bundes-Immissionsschutzgesetz, im ganzen Bereich erneuerbare Energien, Rasenschnitt – nur ein kleiner Baustein –, Gülle-Kleinanlagen, mit denen man die erzeugte Energie nach vorhandenen Großvieheinheiten begrenzen



könnte, anstatt eine starre Obergrenze von 150 kW elektrisch zu setzen, Nachhaltigkeitszertifizierung, TRAS 120, TRGS 529, Betriebssicherheitsverordnung usw. Da können Sie jeden Fachverband der betreffenden Energiebranche fragen. Das ist wirklich die Pest. Wir könnten es besser machen, aber Berlin verhindert es.

Gestern erst haben wir eine Besprechung gehabt mit den Wasserkraftverbänden – kleine Wasserkraft, 5 kW usw. Die Gutachten über eine eventuell vorhandene Fischmortalität – wie viele Fische geschreddert werden – sind stärker ideologisch als wissenschaftlich bedingt. Wenn diese Gutachten bei der Genehmigung bzw. den Erweiterungen der Genehmigung, damit auch ein kleines Wasserkraftwerk weiterlaufen kann, wirklich so berücksichtigt werden, dann ist das der Tod der kleinen Wasserkraft.

Sie schreiben in Ihrem Dringlichkeitsantrag, dass drei Monate Zeit zur Flächenausweisung sind. Ein altes bayerisches Sprichwort besagt: Ein eiliger Mensch hat kein Glück. – Bei drei Monaten Frist sind Verfahrensfehler vorprogrammiert. Herr Stümpfig, in Bayern ist es halt so, dass nicht jede Ecke für die Windkraft geeignet ist oder wirtschaftlich darstellbar ist. Das ist nun einmal so, dass man in Südbayern, bei mir in Südostbayern, strudelnde Winde hat, keine ziehenden Winde.

Ich habe im Jahr 2009 in Bezug auf meinen eigenen Wald Kontakt mit einer Firma aufgenommen, die Windräder baut. Mein Waldgrundstück ist im Landkreis Rosenheim. Die Firma hat schon in der Oberpfalz in Staatsforsten Windräder gebaut. Die haben gesagt: Wir verkaufen Ihnen kein Windrad, weil wir wegen mangelnden Ertrages nicht auf unsere Kosten kommen würden. Wir bekommen von Ihnen kein Geld. – Das kann heute vielleicht anders sein, weil die technische Entwicklung weitergegangen ist.

Die Bayerische Staatsregierung ist aber im Gegensatz zur Bundesregierung auf einem sehr guten Weg. Erst kürzlich ist ein Bürgerentscheid in Marktl im Landkreis Altötting positiv ausgegangen, nachdem sich die Staatsregierung und auch unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger dafür eingesetzt haben. Die Bayerische Staatsregierung ist an einem Beteiligungsgesetz für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger an Erneuer-

bare-Energien-Anlagen dran. Viele Länder fordern hier eine bundeseinheitliche Regelung. Nur kommt von Berlin nichts. Es gibt keine bundeseinheitliche Regelung. Aber die Akzeptanz wird umso größer, je leichter, besser und schöner die Beteiligung ist. Dann ist das nicht "ein" Windrad, sondern "unser" Windrad. Wir haben erkannt, dass wir das fördern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wie es aussieht, schaffen wir es jetzt – wir haben das gemeinsam mit unserem Bau-sprecher Martin Behringer ermöglicht –, Kleinwindkraftanlagen mit 15 Meter Nabenhö-he genehmigungsfrei zu setzen; bisher waren es 10 Meter. Kleinvieh macht auch Mist. Wir machen also was.

Die Ampel macht auch viel Mist; sie ist aber kein Kleinvieh. Die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN fällt im Zeitraffer. Wenn ich Berichte höre, dass Frau Baerbock, die Außen-ministerin, nach einem Fußballspiel – das sei ihr ja vergönnt – während des Nachtflug-verbots für 180 Kilometer fliegt, dann kommen bei mir Zweifel auf. Wenn Sie von Büro-kratieabbau sprechen und die Ampel seit Amtsantritt in Berlin – man höre und staune – 11.507 Beamte aufgebaut hat, dann ist das das Gegenteil von Bürokratieabbau. GRÜNE – setzen, Sechs! Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Kollege Lausch, Sie sind bewusst in andere Bereiche ausgewichen und haben die Bürokratie im Windkraftbereich überhaupt nicht ange-sprochen. Vielleicht vorher noch einmal zur Aufteilung in drei Monate: Ich habe schon im Jahr 2022 einen Antrag gestellt, ein Gutachten zu erstellen und das auf die 18 Pla-nungsverbände aufzuteilen. Von daher gesehen hoffe ich, dass die Staatsregierung

jetzt einmal irgendetwas hat. Sie sollte es jetzt auch umsetzen. Es geht da nur um die Aufteilung.

Was ich dich fragen will: Die Brutvögelkartierung ist auch wieder so ein Beispiel. Die Bundesregierung hat da ein klares Bundesnaturschutzgesetz gemacht; die Länder brauchen es gar nicht mehr einzeln zu regeln. Bayern macht dann wieder eine eigene Regelung und bringt sie ein halbes Jahr später – am 31.01.2023 – heraus. Sie ist grottenschlecht, wirklich miserabel gemacht. Sieben Monate später hat man dann, weil man gemerkt hat, dass es nicht funktioniert, eine Novelle gemacht; die geht jetzt einigermaßen. Die komplette Kartierperiode 2023 ist verloren gegangen. So viel zur Kollegin Schack, dass wir alle Zeit der Welt hätten. – Nein, haben wir nicht, weil Jahr für Jahr Zeit verloren geht.

Bei den Dichtezentren ist es jetzt das Gleiche.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Achten Sie auf die Redezeit.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Es gäbe für diese Bürokratie keine Notwendigkeit. Sie machen sie trotzdem.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Ich möchte die Bezeichnung "grottenschlecht" für die Bayerische Staatsregierung zurückweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man kann jedes Gesetz nachbessern. Die Kollegin Schack hat das schon ausführlich erläutert. Gut Ding will Weile haben. Wir nehmen das für uns in Anspruch.

Wenn wir ein Windrad irgendwo, wo es nicht akzeptiert wird, oder wo es, weil es nicht ertragreich ist, keinen Sinn macht, hinsetzen, dann ärgern wir uns und haben auch die Bevölkerung nicht hinter uns. Gut Ding will Weile haben.

Als "grottenschlecht" möchte ich die Ampel-Regierung bezeichnen, aber nicht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Holger Griebhammer.

**Holger Griebhammer (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir stehen heute vor einer dringenden Aufgabe, die nicht nur unsere Energieversorgung, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und unserer Enkelkinder betrifft: Ich meine den Bürokratieabbau bei der Windkraft in Bayern.

Wir, die SPD im Landtag, sehen die Energiewende als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und gleichzeitig als eine enorme Chance für unser Bundesland an. Bayern hat als eines der wirtschaftsstärksten Länder Deutschlands die Pflicht und die Möglichkeit, im Klimaschutz eine Vorreiterrolle einzunehmen. Doch leider sind wir davon derzeit weit entfernt. Wir erleben stattdessen eine Energiewende, die durch überbordende Bürokratie und unnötige Hürden gebremst und blockiert wird. Hier ist besonders die 10-H-Regelung zu nennen. Sie hat sich als Innovations- und Investitionsbremse erwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum müssen wir handeln? – Erstens. Der Klimawandel wartet nicht. Extremwetterereignisse, Dürren und Überschwemmungen zeigen uns tagtäglich, wie dringend wir handeln müssen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Besonders heute!)

Die erneuerbaren Energien, allen voran die Windkraft, sind Schlüsseltechnologien, um unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren und eine nachhaltige Zukunft zu sichern.

Zweitens. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Unternehmen und Investoren sind bereit, in die Windkraft zu investieren. Doch die derzeitigen bürokratischen Hürden schrecken ab.

(Petra Högl (CSU): Die kommen aber vom Bund!)

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen fördern und nicht verhindern.

Drittens. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine nachhaltige Energieversorgung. Umfragen zeigen immer wieder, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt. Wir müssen dieses gesellschaftliche Engagement aufnehmen und in konkrete Politik umsetzen.

Was schlagen wir vor? – Erstens, die vollständige Abschaffung der 10-H-Regelung. Diese Regelung hat sich als massives Hindernis für den Ausbau der Windkraft erwiesen. Wir fordern daher eine sofortige Abschaffung. Stattdessen sollten sachgerechte und differenzierte Abstandsregelungen gefunden werden, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Bedürfnissen der Umwelt gleichermaßen gerecht werden.

Zweitens, die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Die Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Dies bedeutet weniger Bürokratie, klarere Zuständigkeiten und strikte Einhaltung von Fristen.

Drittens, die vollumfängliche Umsetzung der vom Bund vorgeschlagenen Maßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen an einem Scheideweg. Entweder setzen wir weiterhin auf überholte Regelungen und lähmende Bürokratie, oder wir ergreifen die Chance und gestalten aktiv eine nachhaltige Zukunft. Der Bürokratieabbau bei der Windkraft ist kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit für den Fortschritt, den Schutz unseres Klimas und die wirtschaftliche Stärke Bayerns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam den Mut aufbringen, die notwendigen Reformen anzugehen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Grießhammer von der SPD, Sie haben diesen Antrag gerade wieder mit Ihren Klimafaktoren begründet. Es gebe große Dürren. Es gebe Überhitzung. – Wenn Sie sich einfach mal die wirklichen Klimawerte der letzten eineinhalb Jahre angeschaut und einfach mal aus dem Fenster geschaut hätten, dann hätten Sie nicht einfach das rezitiert, was Sie vielleicht in Ihren Medien finden. Es gibt, genau wie heute, seit eineinhalb Jahren über 50 % mehr Niederschläge. Das heißt, Ihre Dürre hätten Sie vielleicht noch vor zwei Jahren irgendwo anbringen können. Überhitzung gibt es in den letzten eineinhalb Jahren auch nicht, obwohl Ihr Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn – er ist heute nicht da – immer von Überhitzung spricht. Ich hoffe, er hat sich nicht überhitzt.

Ich frage Sie ganz klar: Wann richten Sie sich mit Ihren Anträgen denn endlich mal nach der Realität und zitieren nicht immer nur das, was Ihnen diese Klimawahnmedien vorgeben?

(Beifall bei der AfD)

**Holger Grießhammer (SPD):** Herr Kollege, unsere Medien? Ihre Medien? – Ich denke, es sind unsere Medien. Sie sagen, ich solle heute mal zum Fenster rausschauen; da sieht man mal, wie weitsichtig die AfD-Politik ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie Ihre Politik nur danach ausrichten, wie heute das Wetter ist und was Sie heute vom Fenster aus sehen, dann ist das sehr kurzsichtig. Ich möchte darauf gar nicht weiter eingehen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/2655 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.